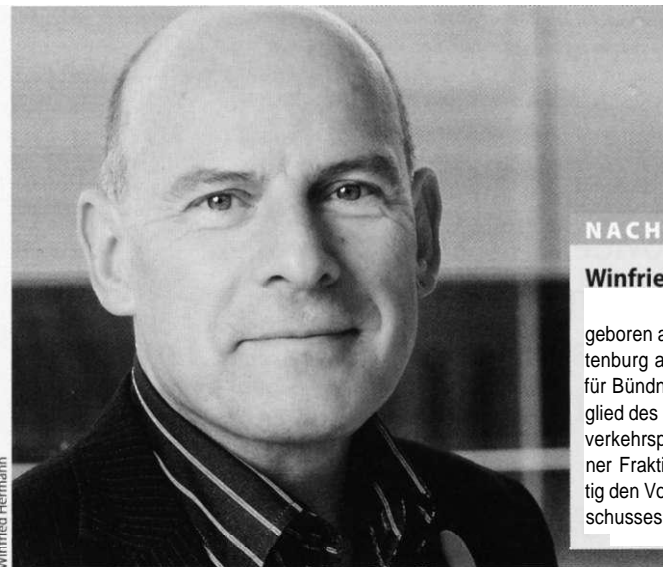


Fordern auch Sie den Aufbau West?



NACHGEFRAGT BEI

Winfried Hermann

geboren am 19. Juli 1952 in Rotenburg am Neckar ist seit 1998 für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied des Bundestages. Seit 2005 verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion übernimmt er künftig den Vorsitz des Verkehrsausschusses im Bundestag.

WIRTMIG HERMANN

Herr Hermann, Sie übernehmen den Vorsitz des Verkehrsausschusses im Bundestag. Müssen Sie künftig Ihre Kritik an der schwarz-gelben Verkehrspolitik zügeln?

Winfried Hermann: Ich will dafür sorgen, dass die wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsdebatten über nachhaltige Mobilität vorangetrieben werden. Insofern muss ich mich als Vorsitzender mit konkreter Kritik vielleicht etwas zügeln, in meinem Engagement für nachhaltige Mobilität lasse ich mich jedoch nicht bremsen.

Was sind die wichtigen verkehrspolitischen Themen der kommenden Jahre?

Woher kommen Sprit und Energie für eine bezahlbare Mobilität? Wir brauchen den Umstieg auf Elektromobilität, außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Fahrzeuge und Fahrer sparsamer mit Ressourcen umgehen. Letztendlich geht es darum, Mobilität zu sichern, ohne das Klima zu schädigen.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer sorgt derzeit für heftige Debatten. Fordern auch Sie den Aufbau West?

Nein! Ramsauer hat sich auf das Neidniveau der Stammtische in Bayern und Oberschwaben gegeben. Dort herrscht die Ansicht vor, dass der Süden benachteiligt wurde. Zweifellos gibt es im Osten einige überdimensionierte Straßen. Doch von den Straßenbauprojekten „Deutsche Einheit“ hat von allen

16 Bundesländern am meisten Bayern profitiert.

Ist deshalb die Diskussion an sich falsch?

Nicht grundsätzlich. Dennoch sollten wir jetzt nicht auch im Westen überdimensionierte Straßen bauen. Ein nüchterner Blick offenbart, dass Deutschland vor allem das Geld für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur fehlt.

Woher soll das Geld kommen? Schwarz-Gelb hat angekündigt, die beschlossene Mauterhöhung für Euro-3-LKW auszusetzen.

Das war ziemlich dumm. FDP und Union konterkarieren derzeit den eingeleiteten Umstieg auf moderne, umweltfreundliche LKW. Wichtig wäre mehr Geradlinigkeit in

der Verkehrspolitik. Selbst in der Krise darf sich der Staat nicht von jeder Lobbygruppe dazu drängen lassen, beschlossene Maßnahmen zurückzunehmen. Dieselben Personen, die die Rücknahme der Mauterhöhung fordern, schreien kurz darauf nach mehr Geld für den Straßenbau.

Reicht das Geld im Verkehrshaushalt?

Auf Jahre hinaus wird das Geld für den Infrastrukturausbau nicht mehr zunehmen. Das gibt der Staatshaushalt nicht her. Deshalb sollten Verkehrspolitiker darauf achten, dass Ausgaben kosteneffizient geschehen. Anstatt auf sinnlose, teure Großprojekte sollte sich die Politik auf kleinere und dafür schnell umsetzbare Maßnahmen konzentrieren. Bei den Seehafen-Hinterlandverkehren etwa auf den Ausbau bislang ungenutzter Nebenstrecken und die Beseitigung von Engpass-Knoten.

Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die FDP mit ihrer Forderung nach einem deutschlandweiten Feldversuch mit Eurocombis durchgesetzt. Fürchten Sie den flächendeckenden Einsatz überlanger LKW?

Die Straßen und Brücken sind nicht für solche LKW ausgelegt. Eurocombis nutzen nur wenigen Unternehmen, den Ausbau von Kreisverkehren oder Autobahnausfahrten trägt jedoch die Allgemeinheit. In Deutschland ist es einfach zu eng für Eurocombis. Die grüne Antwort wäre der Ausbau des Kombinierten Verkehrs. ■■■

Sebastian Bollig

UM WAS ES GEHT

v J

Schwarz-gelbe Verkehrspolitik

Der Grüne Winfried Hermann übernimmt den Vorsitz des Verkehrsausschusses des Bundestages. Damit leitet er künftig die verkehrspolitische Diskussion unter der schwarz-gelben Koalitionsmehrheit. Gut zwei Monate nach der Bundestagswahl hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die ersten Positionen besetzt. Er hat mehr Geld für das westdeutsche Straßennetz gefordert, was nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in Norddeutschland für Sorgenfalten sorgt, *sb*